Vertrauen, Demokratie, Zusammenhalt: wie unterschiedlich Menschen in Deutschland die Corona-Pandemie erleben



ÜBER MORE IN COMMON

More in Common hat sich als Organisation vollständig dem Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt verschrieben. Unser Ziel ist eine in ihrem Kern gestärkte Gesellschaft, die in der Lage ist, geeint und widerstandsfähig auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren. Nach unserem Verständnis ist gesellschaftlicher Zusammenhalt weit mehr als ein friedliches und zugewandtes gesellschaftliches Miteinander. Er ist Vorbedingung für einen zentralen Aspekt lebendiger Demokratie: Streitfähigkeit über alle Unterschiede hinweg. Wir sind eine überparteiliche Organisation, die mit institutionellen Partnern aus ganz unterschiedlichen Bereichen kooperiert. Wir haben **Teams in den USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland** und lernen und arbeiten länderübergreifend.

DIE AUTOREN

Laura-Kristine Krause Jérémie Gagné Gesine Höltmann

HINTERGRUND ZUR STUDIE

Um den gegenwärtigen Moment der Corona-Krise und ihre Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie auf die weitere gesellschaftliche Entwicklung zu erfassen, hat More in Common eine vergleichende Studie in sechs Ländern durchgeführt: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen, den Niederlanden und Italien. Die vorliegende Analyse stellt einen Ausschnitt aus dem größeren Forschungsunterfangen dar, und legt den Fokus auf das Erleben der Krise in Deutschland. In ihrer Methodik und ihren Erkenntnissen schließt die deutsche Analyse an die im Oktober 2019 veröffentlichte Studie "Die andere deutsche Teilung: Zustand und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft" an – einsehbar unter https://www.dieandereteilung.de.

Die dieser Studie zugrundeliegenden quantitativen und qualitativen Befragungen wurden in Partnerschaft mit den internationalen Meinungsforschungsinstituten KANTAR (Kontinentaleuropa) und YouGov (Großbritannien) durchgeführt. Gefördert wurde diese Erhebung durch die European Climate Foundation (ECF). Forschungsergebnisse aus den anderen Ländern werden zeitnah auf **www.moreincommon.com** veröffentlicht. Wie vorherige Veröffentlichungen fließt diese Studie in den kommenden Wochen und Monaten in die praktische Arbeit von More in Common ein. Uns ist daran gelegen, mit allen Interessierten aus Politik und Zivilgesellschaft in einen Austausch darüber zu treten, wie unsere Gesellschaft auf lange Sicht gestärkt aus der derzeitigen Krise hervorgehen kann.

IMPRESSUM

More in Common e. V. ist beim Amtsgericht Charlottenburg registriert (VR 36992 B) www.moreincommon.de | deutschland@moreincommon.com
Anschrift: More in Common e. V., Gipsstraße 3, 10119 Berlin
Verantwortlich: Laura-Kristine Krause, Gründungsgeschäftsführerin

Design und Grafik: TAU GmbH, Berlin Copyright © 2020 More in Common

Inhaltsverzeichnis

1	Vorbemerkung: Eine Krise macht noch keinen Zusammenhalt	4
2	Kontext: Deutschland im europäischen Vergleich – größere Zufriedenheit, abstraktere Gefahr	7
3	Der Blick nach innen: Was hat Corona mit der deutschen Gesellschaft gemacht?	15
4	COVID-19 als Veränderungsmoment?	33
5	Wie kommt unsere Gesellschaft (weiterhin) gut durch die	30

Vorbemerkung: Eine Krise macht noch keinen Zusammenhalt

Seit knapp einem halben Jahr befinden sich Gesellschaften weltweit in einem Ausnahmezustand: Die COVID-19-Pandemie prägt das Jahr 2020 wie nichts anderes.

Sie ist ein menschlich tragisches Ereignis, sie kostet Leben, schafft Leid und ist noch lange nicht ausgestanden. Die dadurch entstandene "Corona-Krise" ist außerdem in gesellschaftlicher Hinsicht eine ganz besondere: Sie betrifft – anders als z.B. Wirtschaftskrisen – jede und jeden Einzelnen, (fast) niemand kann sich dieser Situation aus eigener Kraft entziehen. Längst ein geflügeltes Wort ist deshalb das der Corona-Pandemie als "Brennglas", durch das man blickt: Sie zeigt auf, was gut läuft in einer Gesellschaft und was schlecht; ob gemeinsames Handeln möglich ist oder nicht; wem Menschen vertrauen – und wem nicht.

Nicht von ungefähr ist in dieser Ausnahmesituation deshalb besonders oft die Rede vom gesellschaftlichen Zusammenhalt. Braucht es doch zum Eindämmen einer Pandemie den Einsatz von Politik, Institutionen und Gesundheitswesen, aber eben auch jedes einzelnen Bürgers, jeder einzelnen Bürgerin – und einer gemeinsamen Anstrengung. Doch ist eine Krise wie die jetzige dazu geeignet, den Zusammenhalt zu stärken?

Auch in Deutschland traf die Corona-Pandemie auf eine Gesellschaft, die nicht in einem einwandfreien Zustand war: 2019 haben wir bei More in Common in einem großangelegten Projekt den Zustand und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft untersucht. Auf Basis einer Befragung von mehr als 4.000 Menschen haben wir versucht zu verstehen, wohin sich unser Land bewegt und wie gut die Gesellschaft für verschiedene Menschen funktioniert.

Vorgefunden haben wir dabei eine vergleichsweise stabile Substanz, aber auch viele Probleme. Denn in Deutschland gibt es eine **doppelte Vertrauenskrise:**

- Einerseits gibt es eine Vertrauenskrise zwischen der Bürgerschaft und Politik.
 So warfen 2019 beispielsweise 76 Prozent der Menschen den politischen Eliten
 vor, die wichtigen Probleme im Land nicht anzugehen. 82 Prozent meinten,
 Politikerinnen und Politiker interessierten sich nicht für die Meinung von Leuten
 wie ihnen selbst. Kurzum: Viele waren mit der Funktionsweise der Demokratie
 unzufrieden. Das politische Institutionenvertrauen fiel niedrig aus.
- Eng damit verbunden damit war das Gefühl vom "Land im Wartestand". Die Menschen kritisierten gefühlten Stillstand und mangelnde Zukunftsgestaltung, den Eindruck eines politischen Systems, das seinen Aufgaben nicht mehr voll nachkam.
- Andererseits zeigte sich eine Vertrauenskrise zwischen den Bürgerinnen und Bürgern selbst: 61 Prozent von ihnen stimmten ganz generell der Aussage zu, dass man "mit den meisten Menschen nicht vorsichtig genug" sein könne. Im Forschungsgespräch berichteten die Menschen immer wieder von einem grassierenden Egoismus, der echtes Vertrauen erschweren würde.

Was hat also die Corona-Pandemie in Deutschland angesichts dieser Ausgangslage bisher ausgelöst? Hat sie unsere Gesellschaft verändert, zum Besseren oder zum Schlechteren? Konnte in der Ausnahmesituation gesellschaftliche Spaltung überbrückt werden, oder wurde sie noch weiter vertieft? Und: Ist die Corona-Krise der große "Transformationsmoment", den viele in ihr sehen, bzw. welche Erwartungen haben die Menschen an zukünftiges politisches Handeln?

Diese Fragen haben wir uns gestellt und deshalb erneut untersucht, wie es um den Zustand der deutschen Gesellschaft steht. Im Juli 2020 haben wir über 2.000 Menschen in Deutschland zu diesen Themen befragt. Der Zeitpunkt war dabei so gewählt, dass die erste, unmittelbare Krisenzeit durchlebt und so nach einigen Monaten Pandemie auch die Möglichkeit gegeben war, ein Zwischenresümee zu ziehen.

Mit dieser Forschung schließen wir nahtlos an unsere Studie "Die andere deutsche Teilung. Zustand und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft" von 2019 und den dort verwendeten Forschungsansatz an: In einer Verschränkung aus sozialpsychologischen und politikwissenschaftlichen Methoden können wir zeigen, wie die Gesellschaft insgesamt, aber auch die sechs von uns identifizierten gesellschaftlichen Typen die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen auf die deutsche Gesellschaft bisher erleben.

Vorweg sei gesagt: Es ist Bewegung in der deutschen Gesellschaft, die Situation lässt im Grunde niemanden kalt. Doch obwohl sich erfreulicherweise neue Chancen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ergeben, tun sich gleichzeitig auch neue Risiken für gesellschaftliche Spaltung auf. Denn obwohl es viele positive Entwicklungen hinsichtlich der aufgeworfenen Fragen gibt, droht womöglich mehr als zuvor die Gefahr eines Auseinanderdriftens der Gesellschaft. In dieser Kurzstudie gehen wir auf unsere wichtigsten Befunde ein und arbeiten vor allem heraus, was sich hinsichtlich der doppelten Vertrauenskrise in der deutschen Gesellschaft getan hat.

Dabei können wir auch erstmals unmittelbare Vergleiche mit anderen Ländern ziehen: Um mehr darüber zu erfahren, wie die Menschen in verschiedenen westlichen Gesellschaften die Corona-Krise erleben, haben wir bei More in Common die Befragung in insgesamt sechs europäischen Ländern durchgeführt - neben den More in Common-Einsatzländern Deutschland, Frankreich und Großbritannien auch in Italien, Polen und den Niederlanden. In jedem der Länder wurden mit den Meinungsforschungsinstituten KANTAR (Kontinentaleuropa) und YouGov (Großbritannien)¹ im Rahmen einer Online-Panel-Erhebung rund 2.000 Menschen ab 18 Jahren zu ihrem persönlichen, gesellschaftlichen und politischen Erleben der Krise befragt. Ebenso wurden ihre Einstellungen zu relevanten politisch-gesellschaftlichen Fragen sowie ihre Werte und Grundüberzeugungen untersucht.

¹ Die Auswahl der Studienteilnehmenden erfolgte über ein quotengestütztes Zufallsverfahren, sodass dabei die jeweilige nationale Wohnbevölkerung im Hinblick auf Geschlecht, Alter, Bildung und Region exakt abgebildet wurde. Zudem wurden in Deutschland qualitative Fokusgruppen mit Vertreterinnen und Vertretern des von der More in Common-Forschung identifizierten unsichtbaren Drittels durchgeführt. Diese dienten dem Zweck, die quantitativen Befragungsergebnisse im mündlichen Forschungsgespräch einzuordnen, zu validieren und ggf. zu nuancieren.

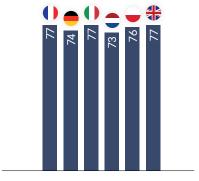
Kontext: Deutschland im europäischen Vergleich – größere Zufriedenheit, abstraktere Gefahr



Als weltweit verbreitetes Virus ist COVID-19 per Definition hier und überall. Die Pandemie ist genauso eine globale Erfahrung wie eine, die Menschen vor Ort auf ganz unmittelbare Weise fordert. Bilder aus dem Ausland oder aus anderen Bevölkerungsteilen gehen dabei fast zwangsläufig Hand in Hand mit dem eigenen persönlichen Erleben. Nur wenige Ereignisse der letzten Jahrzehnte besitzen wohl, im Guten wie im Schlechten, diese umfassende Qualität. Die Frage kann daher lauten: Entsteht so womöglich ein (neues) Bewusstsein für das gemeinsame Menschsein – über Grenzen und gesellschaftliche Trennlinien hinweg?

In der Tat weisen vergleichende Zahlen aus den europäischen Befragungsländern genau darauf hin. In allen untersuchten Ländern ist mit rund 75 Prozent der Anteil jener, die zustimmen, dass COVID-19 "uns daran erinnert, dass wir unabhängig von unserer Herkunft als Menschen im Grunde alle gleich sind" auffallend hoch – auch die Deutschen schließen sich diesem Eindruck an (74 Prozent). Genauso geben nicht nur in Deutschland (59 Prozent), sondern in allen Ländern deutlich mehr als die Hälfte der Menschen an, dass die Krise sie für die Lebensbedingungen anderer Menschen in ihrem Land sensibilisiert habe. Besonders stark fällt diese Erfahrung in Italien aus (73 Prozent), das bekanntlich früh hart getroffen wurde. Dieses empathische Bild ist erfreulich, wenn man bedenkt, dass die Menschen in einer Viruskrise einander ja durchaus nicht nur als Mitleidende, sondern auch als Bedrohung erleben könnten.

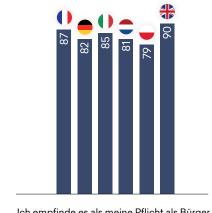
Diagramm 1 Gleichheit vor dem Virus



"Die COVID-19-Krise hat uns daran erinnert, dass wir unabhängig von unserer Herkunft als Menschen im Grunde alle gleich sind."

Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu? Quelle: More in Common (2020) Zum Eindruck menschlicher Gemeinsamkeit passt auch das Selbstverständnis der allermeisten als verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger, die zur Überwindung der Bedrohung durch das Virus beitragen wollen. Es ist ein starkes Motiv der Selbstverpflichtung spürbar: In allen Ländern betrachten es mindestens acht von zehn Menschen als ihre Bürgerpflicht, die jeweiligen Social-Distancing-Regeln und Kontaktbeschränkungen einzuhalten. Die Menschen in Deutschland finden sich hier mit 82 Prozent in sehr guter Gesellschaft und stechen nicht positiv hervor.

Diagramm 2 Geteilte Bürgerpflicht, gemeinsame Anstrengung?



"Ich empfinde es als meine Pflicht als Bürger, die verschiedenen Kontaktbeschränkungen und Abstandsregeln einzuhalten."

Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu? Quelle: More in Common (2020)

Deutschland als Corona-Musterschüler?

Allerdings endet hier die Einhelligkeit des europäischen Vergleichs. Denn sobald es nicht mehr um allgemeine Betrachtungen zum Menschsein oder den höheren Anspruch an sich selbst geht, sondern um die tatsächliche Bewertung der Lage im eigenen Land, gehen die Einschätzungen teils weit auseinander. Und in aller Regel sehen wir dabei, dass in Deutschland die Zufriedenheit höher ausfällt als in den meisten anderen Ländern.

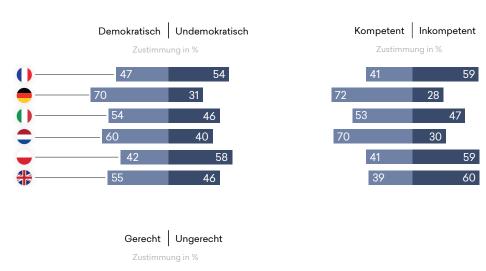
Dies betrifft bereits die Bewertung der eigenen Mitmenschen – also zum Beispiel die Frage, ob sich denn auch die meisten anderen Menschen im Land an die Corona-Regeln gehalten hätten oder nicht. Die Unterschiede sind diesbezüglich enorm. Deutschland erreicht hier die höchsten Werte, wo 77 Prozent der Menschen ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern ein gutes Zeugnis ausstellen. Entgegen der oftmals kritischen Berichterstattung und Meldungen auf den sozialen Medien hat also der überwiegende Teil der Menschen das Gefühl, nicht allein mit der Anstrengung gegen Corona zu sein.

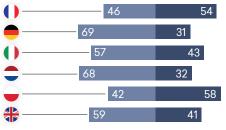
Zum Vergleich: Im Nachbarland Frankreich liegen die Dinge andersherum. Dort kritisieren 63 Prozent ihre Mitmenschen als zu nachlässig, und nur 37 Prozent äußern sich positiv. Die anderen Länder positionieren sich zwischen diesen beiden Polen: die Niederlande (71 Prozent positiv), Italien (65 Prozent positiv) und Großbritannien (59 Prozent

positiv) eher in Richtung der Bestwerte, Polen (59 Prozent negativ) dagegen eher in der Nähe der französischen Einschätzung.

Das im Vergleich deutlich positive Bild, das man in Deutschland von den Mitmenschen zeichnet, findet auch seine Entsprechung in der Bewertung des bisherigen Regierungshandelns unter COVID-19: Jeweils rund 70 Prozent der Menschen nehmen die Krisenpolitik der Bundesregierung eher als demokratisch denn als undemokratisch, eher als fair denn als unfair, eher als kompetent denn inkompetent wahr. Dass dieses Urteil insgesamt ein besonders günstiges ist, zeigt erneut der Blick ins Ausland: In der Tendenz sehen allein die Niederländer ihre Exekutive vergleichbar positiv. Bereits bei den Briten, aber auch bei den besonders von der Krise belasteten Italienern ist die Bewertung deutlich ambivalenter. Deutlich kritischer positionieren sich dagegen die Menschen in Polen und Frankreich. Insbesondere im traditionellen deutsch-französischen Vergleich wird also deutlich, in welchem Maße das Erleben der Corona-Krise in verschiedenen Gesellschaften auseinanderfällt.

Diagramm 3 Bewertung des Regierungshandelns



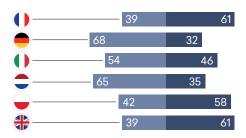


Wenn Sie daran denken, wie die nationale Regierung bisher mit der COVID-19-Situation umgegangen ist: Welcher der folgenden gegensätzlichen Begriffe beschreibt das Regierungshandeln besser? Quelle: More in Common (2020)
Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Diagramm 4 Stolz auf Land in der Krise

Der Umgang meines Landes mit der Krise hat mich stolzer auf mein Land gemacht. Der Umgang meines Landes mit der Krise hat mich enttäuscht.

Zustimmung in %



Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie eher zu? Quelle: More in Common (2020) Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Dass die Menschen in Deutschland sowohl ihre Mitmenschen als auch ihre Regierung in Corona-Zeiten besser bewerten als viele andere Europäerinnen und Europäer, schlägt sich folgerichtig auch im Gesamtbild nieder, das sie sich in der Krise von ihrem Land machen. Dabei kommt es offenbar sogar zu einer verstärkten Identifikation mit der Bundesrepublik als Ganzes: Vor die Wahl gestellt, ob der Umgang mit dem Virus sie selbst eher stolzer auf das Land gemacht oder eher enttäuscht zurückgelassen hat, entscheiden sich 68 Prozent der Menschen in Deutschland für den Stolz. Dies ist der größte Anteil unter den untersuchten Ländern – und das trotz des bekanntermaßen oftmals schwierigen deutschen Verhältnisses zum Begriff des Nationalstolzes.

"Wenn man sich die Zahlen anschaut, hat Deutschland alles richtig gemacht. Wie es den Menschen geht, ist was anderes, aber rein von den Zahlen her – top."

"Bestimmt, ein gewisses Stolzgefühl ist schon da. Was wir in der Kürze der Zeit auf die Beine gestellt haben. Für jeden Einzelnen, der mitgemacht hat, Chapeau, also Hut ab, super."

Aus den Fokusgruppen mit dem "unsichtbaren Drittel"

In keinem Land ist die Corona-Krise bislang so abstrakt wie in Deutschland

Tausende Opfer, geschlossene Schulen und Betriebe, sowie ein weitgehendes Runterfahren des öffentlichen Lebens – ganz objektiv kann das Coronavirus als massiver Einschnitt in die deutsche Lebensrealität bezeichnet werden. Entsprechend zuversichtlich kann es also (zumindest für den Moment) stimmen, wenn die Bevölkerung der Bundesrepublik bislang insgesamt unter eher positiven Vorzeichen auf das Krisenhandling der vergangenen Monate zurückblickt.

Zugleich sehen wir aber auch einen ganz wesentlichen Unterschied zwischen dem Erleben von Corona in Deutschland und in anderen Ländern: Die Corona-Pandemie ist für die Menschen in Deutschland im Durchschnitt immer noch eine abstraktere Bedrohung als anderswo. Denn laut eigener Angabe sind die Menschen hier seltener als in den übrigen Befragungsländern unmittelbar in ihrem Umfeld mit der Krankheit konfrontiert. So glauben derzeit nur 11 Prozent von ihnen, dass sie Menschen kennen, die am Virus erkrankt sind, und nur 5 Prozent kennen jemanden, der oder die an COVID-19 verstorben ist. Das sind im europäischen Vergleich mit teils großem Abstand die niedrigsten Werte. Diese Zahlen sind natürlich an sich hoch genug – vor allem, wenn man berücksichtigt, dass die Krise für manche wesentlich drastischer erlebbar wird als für andere: So berichten Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland insgesamt rund fünfmal häufiger, dass sie einen Erkrankten persönlich kennen, als Menschen ohne Migrationshintergrund. Doch kennen in Italien schon im Durchschnitt 29 Prozent mindestens einen Erkrankten persönlich und 18 Prozent haben Menschen aus ihrem Umfeld verloren. Ähnlich sieht die Lage in Großbritannien aus. Diese im Vergleich geringere Präsenz des COVID-19-Virus ist ein Glück für die deutsche Gesellschaft – aber birgt natürlich auch das Risiko, dass die Menschen beginnen, den möglichen Ernst der Lage zu unterschätzen.

Auch die ökonomischen Auswirkungen der Corona-Pandemie bleiben für die meisten Menschen in Deutschland bisher abstrakt: Nur 13 Prozent der Deutschen kennen jemanden, der oder die krisenbedingt den Erwerb verloren hat. In anderen Ländern gestaltet sich auch diese Lage wesentlich dramatischer: In Italien kennen 30 Prozent Personen, die ihre Arbeit verloren haben, in Polen sind es 33 Prozent und immerhin 28 Prozent in Großbritannien.

Diagramm 5 Persönliche Bekanntschaft mit jemandem, der...



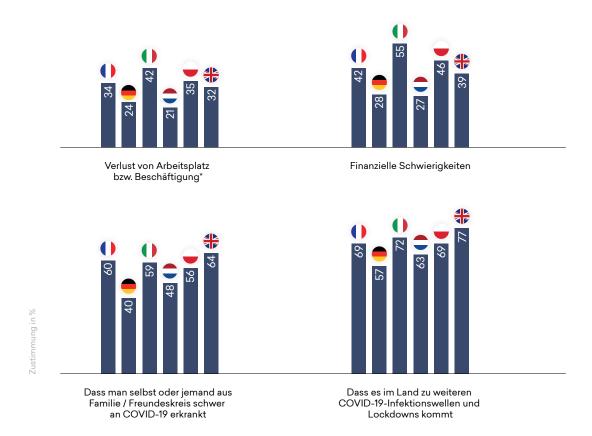
Kennen Sie persönlich jemanden, der...? Quelle: More in Common (2020) Diese relative "Krisenferne" in Deutschland setzt sich auch bei den persönlichen Sorgen fort, die die Menschen in Europa derzeit umtreiben. Besonders augenfällig wird dies bei den materiellen Sorgen: Einerseits fürchten zwar derzeit 24 Prozent der Menschen im Land um ihren Arbeitsplatz und auch finanzielle Schwierigkeiten sind für über ein Viertel von ihnen (28 Prozent) ein mögliches Szenario – das sind für die in der letzten Dekade wirtschaftlich stabile Bundesrepublik durchaus hohe Zahlen. Andererseits liegen – mit Ausnahme der Niederlande – die Zahlen in den anderen Ländern stets höher und erreichen ihren Höchststand mit 42 bzw. 55 Prozent in Italien.

Auch bei der Furcht vor Ansteckung (40 Prozent) oder einer zweiten Welle (57 Prozent) sind die Menschen in Deutschland zwar in großen Zahlen besorgt, in der Gesamtheit aber immer noch zuversichtlicher als die anderen nationalen Bevölkerungen. Insbesondere im mittlerweile zahlenmäßig am schwersten vom Virus getroffenen Großbritannien ist die Infektionsangst (64 Prozent) sowie die Sorge vor dem nächsten Ausbruch (77 Prozent) maßgeblich erhöht.

Somit sollte die relative Zufriedenheit der Menschen in Deutschland mit ihrem Land stets auch vor dem Hintergrund interpretiert werden, dass es andernorts bislang schlimmer gekommen ist und man hierzulande (zumindest im durchschnittlichen Erleben) nicht mit derselben Dramatik konfrontiert ist.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie in Deutschland scheinen im europäischen Vergleich also durchweg milde. Auf ihrer Grundlage könnte man auf den ersten Blick schlussfolgern, dass die deutsche Gesellschaft nicht nur intakt, sondern womöglich gar gestärkt aus der Corona-Krise hervorgeht: mit gestärktem Zutrauen und einem soliden Selbstbewusstsein. Oder etwa nicht?

Persönliche Sorgen der Menschen in Europa Diagramm 6



Inwieweit sind Sie derzeit besorgt oder nicht besorgt, dass....?
*Prozentwerte wurden unter Nichtberücksichtigung der Antwortoption "trifft nicht auf mich zu" berechnet. Quelle: More in Common (2020)

Der Blick nach innen: Was hat Corona mit der deutschen Gesellschaft gemacht?



Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird viel beschworen seit Beginn der Pandemie. Mal ist er eines der Mittel, um die Gesellschaft gut durch die Krise zu führen, mal glaubt man andersherum daran, dass die Krise ihn stärkt. Dass die Corona-Pandemie wichtiger Bezugspunkt auf Jahre hinaus sein wird – sowohl für die Menschen privat als auch für die Politik – dürfte mittlerweile klar sein. Umso wichtiger wird deshalb sein, dass die Menschen in unserer Gesellschaft diese Situation nicht völlig unterschiedlich erleben, sondern zumindest im Ansatz ein gemeinsames Erleben teilen.

Wie steht es angesichts der im europäischen Vergleich für Deutschland oft positiven Zahlen unter der Oberfläche um die gesellschaftlichen Auswirkungen von Corona im Land? Haben sich durch die besondere Situation gesellschaftliche Trennlinien gemildert und kann die Krise künftig einen verbindenden Bezugspunkt für möglichst viele Menschen darstellen? Oder verstärkt sie im Gegenteil die Spaltung der Perspektiven bzw. Sichtweisen innerhalb der Bevölkerung?

Aus bestehender Forschung wissen wir, dass Gesamtzahlen aus Befragungen die relevanten Dynamiken innerhalb der Bevölkerung nicht immer offen zutage befördern: Selbst dort, wo ein Stimmungsbild sehr klar auszufallen scheint, kann sich darunter noch immer sehr unterschiedliches Erleben in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen verbergen, z.B. weil Menschen sehr unterschiedlich von einer konkreten Fragestellung betroffen sind. Und genau hierin liegt der Knackpunkt.

Ausgangslage im Jahr 2019: Dreiteilung der Gesellschaft

Tatsächlich war die deutsche Gesellschaft vor der Corona-Pandemie bereits genau in diesem Punkt verletzlich. Denn sie ging nicht nur mit erheblichen Schwachpunkten im Hinblick auf Miteinander und Diskurs, Zuversicht und Vertrauen in die Corona-Pandemie, sondern war insbesondere in Sachen gemeinsamen Erlebens und gleicher Einbindung angegriffen: Wir sprechen hier von der "Dreiteilung" der deutschen Gesellschaft, in der ein relevanter Anteil der Bevölkerung, das unsichtbare Drittel, nicht gut ins Gemeinwesen eingebunden war.

In unserer 2019 veröffentlichten Studie "Die andere deutsche Teilung" wurden anhand eines sozialpsychologischen Ansatzes sechs gesellschaftliche Typen innerhalb der Bevölkerung identifiziert, die aufgrund ihrer Werte und Grundüberzeugungen jeweils eine eigene charakteristische Sichtweise auf Gesellschaft haben. Die einzelnen Typen und die für sie zentralsten Normmotive sind:

- Die Offenen (16 Prozent): Selbstentfaltung, Weltoffenheit, kritisches Denken
- Die Involvierten (17 Prozent): Bürgersinn, Miteinander, Verteidigung von Errungenschaften
- Die Etablierten (17 Prozent): Zufriedenheit, Verlässlichkeit, gesellschaftlicher Frieden
- Die Pragmatischen (16 Prozent): Erfolg, privates Fortkommen, Kontrolle vor Vertrauen
- Die Enttäuschten (14 Prozent): (verlorene) Gemeinschaft, (fehlende)
 Wertschätzung, Gerechtigkeit
- **Die Wütenden (19 Prozent):** Nationale Ordnung, Systemschelte, Misstrauen

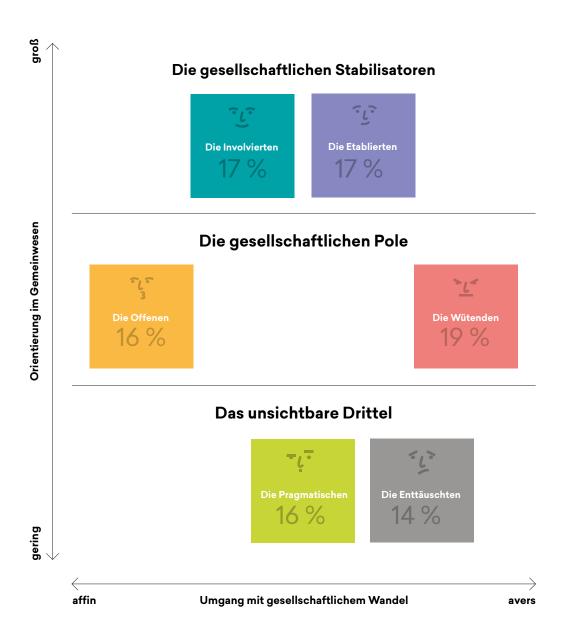
Aus der Dynamik dieser verschiedenen gesellschaftlichen Typen untereinander ergab sich darüber hinaus der Kernbefund einer derzeitigen Dreiteilung der Gesellschaft, die quer zu bis dato diskutierten Trennlinien in der Bevölkerung verläuft:

- Die **gesellschaftlichen Stabilisatoren,** bestehend aus den Etablierten und den Involvierten (insgesamt 34 Prozent). Sie zeichnen sich insbesondere durch große Zufriedenheit, starke gesellschaftliche Einbindung und stabile Vertrauensbezüge aus.
- Die **gesellschaftlichen Pole,** bestehend aus den Offenen und den Wütenden (insgesamt 35 Prozent). Sie bilden die Extreme des gesellschaftlichen Diskurses und sind mit ihren Positionen medial überdurchschnittlich präsent.
- Das **unsichtbare Drittel**, bestehend aus den Enttäuschten und den Pragmatischen (insgesamt 30 Prozent). Sie sind sowohl menschlich als auch politisch wesentlich schlechter eingebunden und legen ein hohes Maß an gesellschaftlicher Desorientierung an den Tag. Auf diese Weise fliegen sie "unter dem Radar" der öffentlichen Aufmerksamkeit. In ihren Reihen finden sich viele Jüngere und auch Menschen mit Migrationshintergrund.

Die Gesamtstudie ist auf **www.dieandereteilung.de** einsehbar. Dort findet sich auch ein Quiz, um herauszufinden welcher der gesellschaftlichen Typen man ist.

Diagramm 7 Dreiteilung der Gesellschaft

Die Segmentierung offenbart verschiedene gesellschaftliche Rollen.



Die Befunde aus dem Vorjahr legen also die Frage nahe, was unter Corona aus ihnen geworden ist. So lässt sich auch das weitere Potenzial des jetzigen Krisenmoments für den künftigen gesellschaftlichen Zusammenhalt abschätzen. Was hat sich in der Bevölkerung getan? Wie erleben die verschiedenen Typen die Corona-Krise? Ergibt sich neue Gemeinsamkeit und neue Einbindung, oder gleiten die Perspektiven weiter auseinander?

2020: Was macht COVID-19 mit der dreigeteilten Gesellschaft?

Durch die Linse der sechs gesellschaftlichen Typen wird sehr schnell deutlich, dass die Menschen in Deutschland die Corona-Krise teils sehr unterschiedlich erleben und so auch zu völlig unterschiedlichen Urteilen über die gegenwärtige Situation kommen. Während die einen eher positiv auf den bisherigen Krisenverlauf schauen, bleiben die anderen voller Skepsis und Unzufriedenheit – und haben eher negative Erfahrungen zu berichten.

Denn vieles, was im europäischen Vergleich noch wie ein deutliches Positivurteil der Menschen in Deutschland über ihr Land aussah, muss beim genaueren Hinsehen deutlich stärker differenziert werden. Insgesamt lässt sich sagen: Es sind erwartungsgemäß insbesondere die gesellschaftlichen Stabilisatoren, die getragen sind von dem Gefühl, dass die Gesellschaft angesichts von Corona stärker zusammenwächst. Ähnlich empfinden die Offenen. Der kollektiv positiven Sichtweise dieser drei Typen auf das zwischenmenschliche, gesellschaftliche und politische Handeln sind die im Durchschnitt erfreulichen Zahlen in Deutschland zu großen Teilen zu verdanken. Dagegen ist mit Blick auf das unsichtbare Drittel (die Pragmatischen und die Enttäuschten) die Situation deutlich anders gelagert: Hier gibt es zwar latente Verbesserungen im Vergleich zum Vorjahr, doch es bleiben Enttäuschungen und das Gefühl, keine Unterstützung und Anerkennung zu bekommen. Ganz am negativen Ende der Skala stehen wie gehabt die Wütenden, deren Systemkritik auch die Krisenbewältigung durch Politik und Gesellschaft nur wenig anhaben kann. Die deutsche Gesellschaft steckt also gewissermaßen in einem Paradox: Trotz der Verbesserungen an der Oberfläche finden wir darunter an manchen Stellen durchaus noch deutlichere Trennlinien als zuvor. Im Einzelnen:

PERSÖNLICHES KRISENERLEBEN: UNTERSCHIEDLICHE ERFAHRUNGEN IM ZWISCHENMENSCHLICHEN

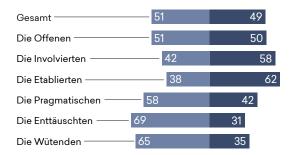
Schon beim Blick auf die unmittelbare Lebenswirklichkeit der Einzelnen unter Corona sehen wir, wie stark die Einschätzungen auseinanderlaufen: Die einen müssen in der Krise (nicht nur gefühlt) mehr kämpfen und für sich selbst sorgen als andere. Fast sieben von zehn Enttäuschten geben an, auch unter Corona "hauptsächlich auf sich allein gestellt zu sein". Auch bei den Pragmatischen, die sich im Jahr 2019 am häufigsten einsam fühlten, kommt dieser Eindruck mit 58 Prozent stark zum Tragen. Bei den gesellschaftlichen Stabilisatoren, die schon zuvor deutlich besser eingebunden waren, sagen hingegen sechs von zehn, dass sie "Unterstützung und Zuwendung" von anderen erfahren hätten. Bei der grundsätzlichen Einschätzung, ob man andere Menschen in den letzten Monaten als fürsorglicher oder weniger fürsorglich erlebt hat als zuvor, setzt sich diese Beobachtung fort: Die Stabilisatoren erleben zu über 40 Prozent eine Verbesserung, beim unsichtbaren Drittel dagegen ist diese positive Erfahrung mit rund 20 Prozent nur gut halb so stark ausgeprägt.

Ähnliches gilt für das Gefühl, für seinen eigenen Beitrag in der Krise wertgeschätzt zu werden: Die Enttäuschten, die bereits vor der Krise einen Mangel an Anerkennung beklagten, können auch heute nur zu 53 Prozent behaupten, ausreichend für ihr Tun gewürdigt zu werden. Bei den gesellschaftlichen Stabilisatoren sind es dagegen 82 bzw. 87 Prozent. Hieran wird erkennbar: Von einem übergreifenden zwischenmenschlichen Erleben der Krise kann so noch nicht die Rede sein.

Diagramm 8 Empfundene Fürsorge und Wertschätzung

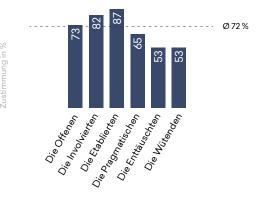
In dieser Krise habe ich das Gefühl, hauptsächlich auf mich allein gestellt zu sein. In dieser Krise habe ich Unterstützung und Zuwendung von anderen erfahren.

Zustimmung in %



Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie eher zu? Quelle: More in Common (2020) | Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt.

"Für meinen Beitrag zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie fühle ich mich ausreichend wertgeschätzt."



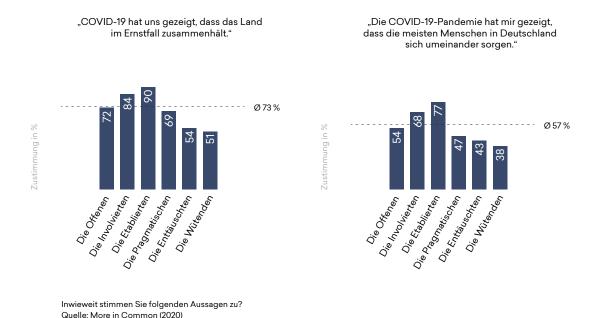
Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu? Quelle: More in Common (2020)

GESAMTGESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT UNTER COVID-19: DIE EINEN ERLEBEN IHN, DIE ANDEREN EHER NICHT

Die zweite wichtige Ebene ist die Frage, wie die Menschen das gesellschaftliche Miteinander "im Großen" in der Krise bewerten. Auch an ihr wird deutlich, wie sehr zwischen unterschiedlichen Erfahrungswelten zu trennen ist. **Die einen erleben und glauben an den Zusammenhalt – bei den anderen bleiben Misstrauen und Enttäuschung.**

So sind zwar von allen Befragten 73 Prozent der Meinung, COVID-19 habe "gezeigt, dass das Land im Ernstfall zusammenhält" – nur ergeben sich dabei zwischen den Typen Unterschiede von bis zu 39 Prozentpunkten, sodass ein jeweils völlig anderes Bild entsteht. Während die Etablierten mit 90 Prozent Zustimmung eine nahezu geschlossen positive Einschätzung vornehmen, sind die Enttäuschten mit 54 Prozent oder die Wütenden mit 51 Prozent in dieser Frage stark gespalten.

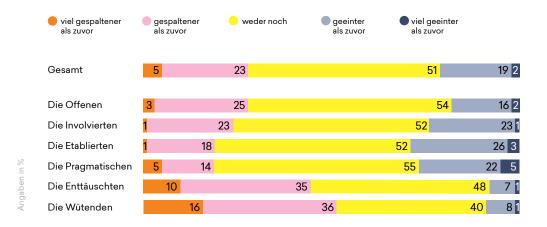
Diagramm 9 Wahrnehmung des gemeinsamen Handelns



Dies zeigt: Ist im öffentlichen Diskurs von Zusammenhalt und Solidarität die Rede, kommt dies wahrscheinlich sehr unterschiedlich bei den Menschen an – bei den einen als glaubwürdige Selbstverständlichkeit, bei den anderen womöglich als leere Floskel. Da sich die unterschiedlichen Gefühle von guter und schlechter Einbindung, zwischenmenschlicher Zuversicht und gesellschaftlicher Ernüchterung, die schon vor der Krise bestanden, auch zurzeit fortschreiben, vergrößert sich in der Corona-Zeit die Kluft gewissermaßen noch – hauptsächlich, weil die gut eingebundenen Bevölkerungsteile in ihrem ohnehin positiveren Eindruck noch bestärkt werden.

Dementsprechend ist es fast zwangsläufig, dass manche Menschen die derzeitige Krise wesentlich stärker als vereinendes Moment wahrnehmen als andere. Wobei festzuhalten ist, dass in der Frage von gesellschaftlichem Zusammenhalt ohnehin bei den allermeisten kein Enthusiasmus aufkommt: Von allen Befragten halten 28 Prozent die Gesellschaft sogar für gespaltener als vor Corona, nur 21 Prozent erleben sie als geeinter – die meisten (51 Prozent) halten sie für unverändert. Am positiven Ende des Spektrums liegen einmal mehr die Etablierten, von denen immerhin 29 Prozent eine verstärkte Einigung wahrnehmen. Bei den Wütenden dagegen behaupten ganze 52 Prozent das genaue Gegenteil, und auch 45 Prozent der Enttäuschten sehen eher verstärkte Spaltung. Man kann also sagen: Wer bereits vor der Krise skeptisch war, nimmt nun eher Erosion wahr, während die bereits zuvor Zufriedenen auch jetzt eher zuversichtlich sind. Die Grundperspektiven hinsichtlich des Zusammenhalts bleiben bestehen.

Diagramm 10 Wahrnehmung von Zusammenhalt in der Corona-Pandemie



Inwieweit, wenn überhaupt, hat sich Ihre Wahrnehmung von Deutschland seit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie verändert? Ist das Land ...?

Quelle: More in Common (2020)

Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt.

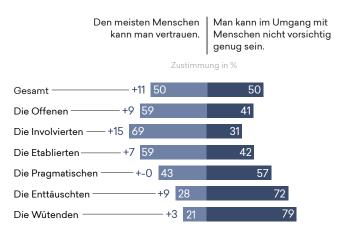
Besonders plastisch wird das bei der Gesamtbewertung des Landes und seiner Menschen in der Krisenzeit – also der Frage, ob das bisherige kollektive Corona-Handeln den Einzelnen eher stolzer auf Deutschland gemacht oder eher enttäuscht hat. An ihr kristallisieren sich die unterschiedlichen Blickwinkel. So fallen vor allem die Einschätzungen der Stabilisatoren mit 86 bzw. 83 Prozent sehr positiv aus, in einigem Abstand gefolgt von den Offenen (71 Prozent) – man empfindet weitgehend Stolz. Das unsichtbare Drittel hingegen reagiert wesentlich verhaltener: Sehen noch 60 Prozent der Pragmatischen in der Corona-Zeit Grund zu mehr Stolz auf das Land, sind es bei den Enttäuschten lediglich 47 Prozent. Sie sind also förmlich zwischen Stolz und Enttäuschung gespalten. Am kritischsten positionieren sich dann die Wütenden: Sie zeigen sich zu 57 Prozent enttäuscht.

Dass die Krise nicht in kurzer Zeit gewachsene Gegensätze in der Bevölkerung ausgleichen kann, zeigt schließlich auch der Blick auf das Sozialvertrauen der Einzelnen in ihre Mitmenschen. Zur Erinnerung: Dieses war im Vorjahr mit 39 Prozent insgesamt eher gering ausgefallen. Man neigte insbesondere bei Unbekannten eher zur Vorsicht.

Nun hat sich einerseits unter COVID-19 das Vertrauen tatsächlich um deutliche 11 Prozentpunkte erholt - insgesamt kann die Corona-Zeit also durchaus als eine vertrauensbildende Erfahrung gelten. Allerdings hat sich dabei an der Ungleichverteilung von Vertrauen innerhalb der Bevölkerung nichts geändert. Im Gegenteil: Bei den Pragmatischen hat sich überhaupt kein Zuwachs ergeben (weiterhin 43 Prozent), und auch die Enttäuschten sind - trotz ihres angestiegenen Grundvertrauens - weiterhin genauso unterdurchschnittlich positioniert wie zuvor. Hingegen legen die bereits zuvor überdurchschnittlich zugewandten Involvierten nochmals um 15 Punkte zu und verfügen nun über ein sehr robustes Sozialvertrauen. Von einem wirklich kollektiven Vertrauen ineinander sind die Menschen also nach wie vor weit entfernt, wie insbesondere die weiterhin besonders misstrauischen Wütenden demonstrieren. Außerdem spannend: Der unterbewusste Vertrauenszuwachs in der Gesamtbevölkerung ist noch nicht bis in das Bewusstsein der Menschen vorgedrungen: Denn wenn man sie ausdrücklich fragt, wie sich ihr Vertrauen in andere unter der Krise entwickelt hat, dann sehen nur sechs Prozent aller Befragten eine Verbesserung, während 26 Prozent sogar von einer Verschlechterung sprechen. Dieses Auseinanderklaffen von empfundener Veränderung und tatsächlicher Entwicklung ist ein spannender Punkt für weitere Analysen.

Diagramm 11 Generelles Sozialvertrauen

(inkl. Vergleich zum Vorjahr)



Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie jeweils eher zu? Quelle: More in Common (2019/2020) Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Die Ergebnisse zur gesellschaftlichen Substanz haben aber dennoch eine ermutigende Seite. Schließlich ist in der Tendenz an zentralen Stellen eine Positivbewegung zu erkennen – die nur eben noch nicht stark genug ist, bestehende Unterschiede auszugleichen. Ein besonders eindrückliches Beispiel hierfür ist die Frage, ob es sich die Bürger selbst zutrauen, gemeinsam die Gesellschaft zu verändern. Diese kollektive Agency bezeichnen wir – in Anlehnung an die vielbesprochene "Selbstwirksamkeit" der Einzelnen – als "Bürgerwirksamkeit". Sie könnte beispielsweise dann gestärkt werden, wenn Bürgerinnen und Bürger den Eindruck gewinnen, unter Corona tatsächlich zu einem besseren Miteinander gekommen zu sein, sei es durch Nachbarschaftsinitiativen oder anderweitige Anstrengungen.

Und wirklich hat genau dieses Grundgefühl im Vergleich zu 2019 deutlich zugelegt: Heute sind rund zwei Drittel der Menschen von ihrem gemeinsamen Potenzial zur Veränderung der Gesellschaft überzeugt, was einem Anstieg um 10 Prozentpunkte entspricht. Ganz besonders erfreulich: Die Aufwärtsbewegung fällt bei den Enttäuschten mit einem Plus von 13 Punkten am stärksten aus. In ihrer Gesamtheit sind sie nun nicht mehr mehrheitlich skeptisch, sondern "nur noch" unentschlossen, wieviel die Bürger gemeinsam ausrichten können. Dies ist vor allem deshalb ein guter Zwischenerfolg, weil ja gerade die Enttäuschten ihr Augenmerk auf das Ideal von Solidarität und Gemeinschaft legen – nur leider bislang nicht mehr so recht daran glauben wollen. Offenbar hat die Corona-Krise also durchaus das Potenzial, das Vertrauen der Menschen in ihre gemeinsame Handlungsfähigkeit zu stärken. Ob die anschließend genutzt wird, ist natürlich wiederum eine andere Frage.

Diagramm 12 Bürgerwirksamkeit

(inkl. Vergleich zum Vorjahr)

Durch ihre Entscheidungen und Handlungen können Bürger die Gesellschaft verändern. Entscheidungen und Handlungen der Bürger haben kaum Einfluss darauf, wie die Gesellschaft funktioniert.



Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie jeweils eher zu? Quelle: More in Common (2019/2020) Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt.

> "Es war natürlich schön, dass man ein bisschen das Gefühl von Zusammenhalt hatte. Und auch irgendwie mit einer doch relativ leichten Art und Weise was zu schaffen, nämlich die Zahlen runterzukriegen."

"Man neigt immer dazu schnell zu sagen, die Gesellschaft ist mies, und es gibt doch viele, die bereit sind, selbstlos was für andere zu tun. Das hat mich sehr erfreut."

"Naja, im ersten Moment finde ich, dass die Leute schon näher zusammengerückt sind. Aber ich finde, es hat schon wieder nachgelassen."

Aus den Fokusgruppen mit dem "unsichtbaren Drittel"

VERTRAUEN IN DIE POLITIK: TROTZ POSITIVER GRUNDTENDENZ BLEIBEN DIE EINSCHÄTZUNGEN UNTERSCHIEDLICH

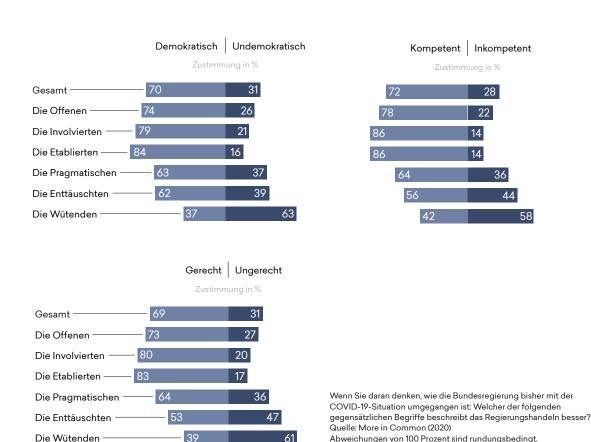
Ein weiterer zentraler Bereich des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der vor Beginn der Corona-Pandemie in Deutschland durchaus Anlass zur Sorge gab, war das Verhältnis zwischen den Menschen und der Politik und die ausgeprägte Unzufriedenheit mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert. Insbesondere vor dem Hintergrund dieser Ausgangslage ist deshalb interessant, ob die starke Sichtbarkeit staatlichen Handelns in der Corona-Krise Vertrauen wieder herstellen konnte.

Der europäische Vergleich weiter oben zeigt klar, dass die Menschen in Deutschland insgesamt in der Tendenz mit der Leistung ihres politischen Systems unter COVID-19

ziemlich zufrieden sind. Allerdings lohnt auch hier ein genauerer Blick, denn der legt schnell markante Unterschiede offen: Die Menschen kommen zu jeweils sehr anderen Urteilen über das Krisenmanagement, bereits zuvor bestehende Trennlinien im Verhältnis zum politischen Gemeinweisen schreiben sich auch in der Corona-Krise überwiegend fort.

So ergibt sich bei der Beurteilung des Regierungshandelns ein sehr eindeutiges Muster: Einmal mehr sind es vor allem die gesellschaftlichen Stabilisatoren aus Involvierten und Etablierten, die die Gesamtwerte nach oben ziehen. Sie bewerten jeweils am häufigsten – und mit teils enormem Konsens von bis zu 86 Prozent – die Regierungspolitik als demokratisch, fair und kompetent. Sekundiert werden sie dabei meist von den Offenen, die ebenfalls überdurchschnittlich günstige Bewertungen abgeben. Ihnen diametral gegenüber stehen dagegen die Wütenden, die - entsprechend ihrem umfassenden Misstrauen - die Politik auch weiterhin als eher undemokratisch, ungerecht und inkompetent kritisieren. Beim unsichtbaren Drittel allerdings fällt der Befund nuancierter aus: Trotz ihrer großen Distanz zum politischen System bewerten sie die Regierungspolitik in der Corona-Zeit in der Tendenz eher positiv. Sie teilen allerdings nicht den Überschwang der ganz positiv gestimmten Typen. Gerade die Enttäuschten sind sich sehr unschlüssig, ob sie die Corona-Politik als eher gerecht oder ungerecht betrachten sollen. Hier schwingt noch große Verhaltenheit und Ambivalenz mit, aber - im Gegensatz zu den Wütenden - scheinen die Typen des unsichtbaren Drittels durchaus für politisches Handeln erreichbar. Ein erneutes Indiz dafür, dass ihre Kritik weniger auf ideologisierten Denkweisen, sondern eher auf praktischem politischen Erleben beruht.

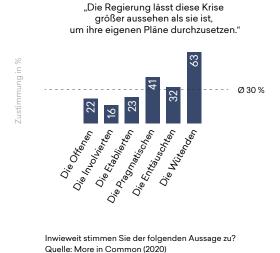
Diagramm 13 Wahrnehmung des Regierungshandelns



Wo der Blick auf die bereits erfolgte Krisenpolitik – mit Ausnahme der Wütenden – eine insgesamt eher positive Grundbewertung ergibt, fällt das Bild beim Blick nach vorne allerdings völlig auseinander: In der Frage, ob man Vertrauen in die Fähigkeit unserer Regierung habe, auch "die vor uns liegenden Herausforderungen anzugehen", ergeben sich diametrale Unterschiede. Während die Etablierten und Involvierten dieses Zutrauen mit 81 bzw. 76 Prozent problemlos aufbringen und auch die Offenen zu 69 Prozent zuversichtlich sind, zeigen sich die Pragmatischen mit 49 Prozent unsicher, und die Enttäuschten mit 32 Prozent endgültig skeptisch. Das Minimum besetzen einmal mehr die Wütenden mit lediglich 24 Prozent Vertrauen in die künftige Problemlösungskompetenz der Regierung.

Was diese Zahlen vergegenwärtigen: Grundlegendes Misstrauen lässt sich nicht in wenigen Monaten beseitigen, was vor allem anschaulich wird an der Einschätzung der Menschen selbst, ob im Verlauf der Krise ihr Vertrauen in die Regierung zu- oder abgenommen hat. Der eher kontraintuitive Befund: Die bereits ohnehin dem politischen System am stärksten zugewandten Typen der Stabilisatoren sprechen am häufigsten von gestiegenem Vertrauen in die Bundesregierung (46 bzw. 38 Prozent). Derweil sprechen diejenigen mit von Haus aus großen Vorbehalten gegenüber "der Politik" noch von zusätzlich verlorenem Vertrauen (die Enttäuschten: 40 Prozent, die Wütenden: 55 Prozent). Die Grundimpulse gehen also weiterhin auseinander.

Diagramm 14 Misstrauen und Verschwörungstheorien



Tiefsitzendes Misstrauen gegenüber der Regierung äußert sich auch in dem Zulauf, den die Corona-Proteste bereits im Frühjahr und zuletzt im August erlebt haben. Auf Großdemonstrationen äußert sich Widerstand gegen die (größtenteils bereits wieder aufgehobenen) Beschränkungen des öffentlichen Lebens, die Teilnehmenden zweifeln zudem häufig die Existenz (und Gefährlichkeit) des Virus selbst an. Auch unsere Daten zeigen eine große Affinität vieler Menschen für Verschwörungstheorien: Gefragt danach, ob die Regierung die Corona-Krise größer aussehen lässt als sie ist, stimmt immerhin ein Drittel der Befragten zu. Der Blick auf die Typen zeigt: Im Kern sind davon besonders die Wütenden überzeugt (63 Prozent), aber die grundsätzliche Anschlussfähigkeit solcher Auffassungen ist nicht auf diesen Typen beschränkt. Auch in anderen Bevölkerungsteilen, insbesondere beim unsichtbaren Drittel, findet die Aussage Anklang. Ähnliche Muster ergeben sich hinsichtlich der Medien: Der Aussage "Die Medien

scheinen ihre eigenen Absichten zu verfolgen, statt einfach nur die Fakten zu berichten" stimmen sogar 49 Prozent der Gesamtbevölkerung zu. Dies zeigt: Die Vertrauensverhältnisse innerhalb unserer Gesellschaft und gegenüber dem Gemeinwesen sind auch in der Corona-Krise immer noch schwach genug, um konspirativem Denken Vorschub zu leisten – weit über den Kreis der einschlägigen Demoteilnehmenden hinaus.

BESTANDSAUFNAHME: IN DER KRISE VERÄNDERT SICH DER BLICK DER MENSCHEN AUF IHR LAND

Einer der zentralen Befunde aus der Studie "Die andere deutsche Teilung" im Jahr 2019 war, dass breite Mehrheiten neben großen Sorgen um das gesellschaftliche Klima auch stark an der Zukunftsfähigkeit des Landes zweifelten. Man sah Versäumnisse in der politischen Bearbeitung der für Deutschland perspektivisch wichtigen Themen: 76 Prozent der Menschen gingen davon aus, dass die Politik sich "nicht um die wichtigen Probleme in Deutschland" kümmert. Das Brisante an den Befunden damals: Dieses Negativurteil fiel über alle Typen hinweg drastisch aus – selbst im Grunde zuversichtliche Gruppen wie die Etablierten oder die Involvierten teilten es zu rund zwei Dritteln, während es bei besonders unzufriedenen Typen wie den Wütenden nochmals vehementer ausfiel (95 Prozent).

Wie sieht dieses Bild angesichts der umfangreichen Krisenpolitik heute aus? Aus den Antworten der gesellschaftlichen Typen im Juli 2020 ergibt sich ein hochambivalenter Doppelbefund: Zum einen fällt positiv auf, dass sich die Bewertung des politischen Handlungswillens markant verbessert hat – im Durchschnitt wie über die Typen hinweg. Nunmehr sind immerhin 53 Prozent der Menschen der Meinung, dass die Politik "die wichtigen Probleme in Deutschland entschieden" angeht (ein Zuwachs von 29 Prozentpunkten). Auch bei den einzelnen Typen liegen die Verbesserungen oftmals auf ähnlich hohem Niveau, sodass zum Beispiel auch 24 Prozent der Enttäuschten von der skeptischen auf die zuversichtliche Seite gewechselt sind. Lediglich bei den oftmals besonders politikfernen und desinteressierten Pragmatischen sowie den in ihren misstrauischen Prägungen sehr festen Wütenden fallen die Verbesserungen geringer aus.

Diagramm 15 Wahrnehmung der Problemlösung durch Politik

(inkl. Veränderung zum Vorjahr)



Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie eher zu? Quelle: More in Common (2019/2020) | Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt. "Ich war sehr überrascht, was plötzlich geht. Mir hat dieses doch stringente Handeln ganz gut gefallen. Damit hatte man das Gefühl, der Staat ist tatsächlich handlungsfähig. Es gibt ja wirklich viele Gebiete, wo man denkt, da ist er überhaupt nicht mehr handlungsfähig oder setzt sein Recht nicht durch. Das fand ich ganz gut."

"Dieses Coronageld, wie das angefangen hatte, war ich großer Fan. Ich war ganz überrascht. Aber wie sich gezeigt hat, war es in den meisten Fällen ein Tropfen auf den heißen Stein."

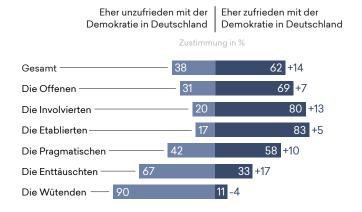
Aus den Fokusgruppen mit dem "unsichtbaren Drittel"

Wie angedeutet ist dies aber nur die eine Hälfte der Wahrheit. Denn mit den beschriebenen Verschiebungen kommt es nunmehr paradoxerweise zu einer neuen Trennlinie zwischen den Typen: Wo zuvor in der Stoßrichtung der Kritik Einhelligkeit bestand, tendieren nun die einen ganz klar zur Zufriedenheit, während die anderen noch immer ihre kritische Grundtendenz bewahren. So fällt trotz Verbesserungen das unterschiedliche Erleben politischen Handelns stärker aus als zuvor: Die einen glauben nun, dass die Politik handelt, während die anderen sich noch wesentlich mehr Handeln wünschen.

Das zeigt sich auch an der allgemeinen Demokratiezufriedenheit. Tatsächlich steigt die im Jahr 2020 – im Einklang mit dem als besser wahrgenommenen "Output" der Politik – im Mittel deutlich auf 62 Prozent an. Die Bürgerwahrnehmung reagiert also auf die politischen Leistungen der Corona-Zeit. Und weiterhin fällt positiv auf, dass nirgends dieser Anstieg stärker ausfällt als bei den diesbezüglich so kritischen Enttäuschten (Zuwachs von 17 Punkten). Das Problem ist aber erneut, dass die gegensätzlichen Grundtendenzen der Typen im Ergebnis bestehen bleiben: Während bei den einen weiterhin die Unzufriedenheit klar dominiert, führen die Positivverschiebungen bei anderen zu nunmehr fast ungebrochener Zufriedenheit. Ein "Aufholeffekt" der unzufriedenen zu den zufriedenen Typen findet (noch) nicht statt.

Diagramm 16 Demokratiezufriedenheit

(inkl. Veränderung zum Vorjahr)



Wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert? Quelle: More in Common (2019/2020) | Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Wenn also im Jahr 2020 mit 58 Prozent erfreulicherweise wesentlich mehr Menschen als noch im Vorjahr der Aussage zustimmen, dass sich das Land in die richtige Richtung entwickelt (plus 28 Prozentpunkte), dann ist das zwar ein sehr wichtiger Positivtrend – doch es bleibt eine Imbalance: Während die einen förmlich eine Trendwende sehen (z.B. die Involvierten: plus 38 Punkte von 36 auf 74 Prozent richtige Richtung), bleiben die Enttäuschten (69 Prozent falsche Richtung) und insbesondere die Wütenden (89 Prozent falsche Richtung) im Großen und Ganzen in einer Negativoptik. Wobei hinzuzufügen ist, dass bei den Enttäuschten eben durchaus Bewegung in eine positive Richtung (plus 23 Prozentpunkte) festzustellen ist, sie also auf Signale aus dem politischen Raum reagieren; derweil die Wütenden im Grunde sehr statisch auf ihren Positionen verharren. Die stark vom Politischen entkoppelten Pragmatischen bleiben in ihrem Urteil über die Entwicklung des Landes eher unentschieden (44 Prozent falsche, 56 Prozent richtige Richtung).

Diese Gleichzeitigkeit von allgemeiner Aufwärtsbewegung und erheblichen Wahrnehmungsunterschieden hat große Relevanz für das gemeinsame Erleben der Krisenpolitik: Von ihr geht bislang nur für manche mehrheitlich ein klares Einigungsund Aufbruchsmotiv aus. Bei anderen hingegen sitzt die Skepsis gegenüber der Politik und der allgemeinen Entwicklungsrichtung des Landes wesentlich tiefer.

Wie gerecht finden die Menschen Deutschland unter den Vorzeichen von COVID-19?

Die Menschen in Deutschland wünschen sich mit großer Vehemenz ein gerechtes Land – dies zeigten die Ergebnisse 2019 sehr eindrücklich. Sie zeigten damals aber auch: Nicht einmal vier von zehn Menschen hielten die Dinge im Land auch tatsächlich für gerecht. Dieses Missverhältnis zwischen Anspruch und empfundener Wirklichkeit an so zentraler Stelle belastete das Verhältnis vieler zu ihrer Gesellschaft und ihrem Gemeinwesen.

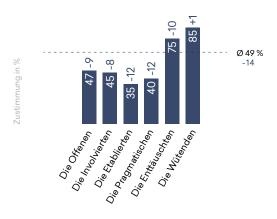
Corona als kollektive Herausforderung berührt nun fast zwangsläufig unseren Sinn für Gerechtigkeit. In kurzer Zeit müssen umfangreiche Maßnahmen verabschiedet, Interessen abgewogen, unterschiedlichste Stimmen berücksichtigt werden. Auf der anderen Seite erbringen viele in der Krise Großes für die Gesellschaft – helfen anderen, retten Leben, halten womöglich die Infrastruktur am Laufen. Es geht also sicherlich auch um das Thema Anerkennung. Wir wollten wissen: Wie hat sich die Corona-Zeit auf das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen ausgewirkt?

Im Jahr 2019 waren insgesamt 63 Prozent der Menschen der Auffassung gewesen, dass es im Land eher ungerecht zugeht. Von sechs Typen hatten fünf diesen Eindruck mehrheitlich geteilt. In der COVID-19-Situation sehen wir nun insgesamt eine Verbesserung: Das Ungerechtigkeitsempfinden sinkt um 14 Prozentpunkte – und mit Ausnahme der Wütenden, wo es auf sehr hohem Niveau stabil bleibt (85 Prozent), sinkt es auch bei allen Typen erkennbar. Scheinbar haben die Krise und die Krisenpolitik hier etwas Positives in Gang gebracht. Darüber darf aber natürlich nicht vergessen werden, dass gerade auch bei den Enttäuschten, denen das Ideal der Gerechtigkeit doch so wichtig ist, das Ungerechtigkeitsgefühl stärker ausgeprägt bleibt als im Rest der Bevölkerung. Können wir Gründe identifizieren, warum Corona noch nicht das große Gerechtigkeitsmoment darstellt, das es unter Umständen sein könnte?

Diagramm 17 Gerechtigkeitsempfinden

(Inkl. Veränderung zum Vorjahr)

"In Deutschland geht es derzeit eher ungerecht zu."

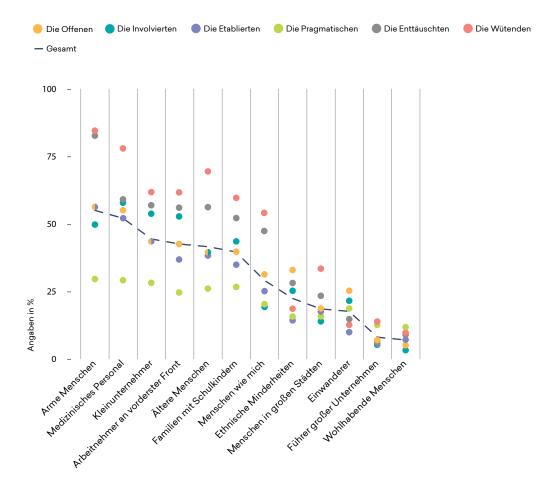


Geht es Ihrer Meinung nach derzeit alles in allem eher gerecht oder ungerecht in Deutschland zu? Quelle: More in Common (2019/2020)

Gerechtigkeit ist zugegebenermaßen ein komplexer und flüchtiger Gegenstand. Vor allem aber ist sie immer auch eine Frage der Verhältnismäßigkeit zwischen Gruppen. Wer bekommt wieviel und welche Aufmerksamkeit? Um wen kümmert man sich zu viel, um wen zu wenig? Im Rahmen der durchgeführten Befragung ging es auch um die Frage, um wen sich die Bundesregierung aus Sicht der Befragten aktuell zu wenig kümmert (vgl. Schaubild). Die Ergebnisse sprechen eine relativ klare Sprache: Insbesondere bei ärmeren Menschen, systemrelevanten Arbeitnehmern, Kleinunternehmern, Älteren und Familien sehen die Menschen zum Teil erhebliche Nachholbedarfe. Im qualitativen Fokusgruppengespräch kehrte wiederholt der Vorwurf wieder, diese Gruppen würden unter Corona mit ihren Problemen und Zumutungen zu sehr alleingelassen. Und erschwerend kam bei den Enttäuschten und Wütenden das verbreitete Gefühl hinzu, dass die Politik sich auch um Leute wie sie selbst in der Krise nur unzureichend kümmere. Es wurde der klare Auftrag an die Politik formuliert, diese Gruppen nicht zu den Verlierern bzw. Hauptleidtragenden der derzeitigen Lage werden zu lassen. Man solle in erster Linie den "Kleinen" helfen, nicht den "Großen". Interessanterweise stehen in dieser Bewertung der Lage allerdings tagesaktuelle Gruppen der wahrgenommenen "Mehrheitsbevölkerung" stark im Fokus. Andere marginalisierte Gruppen, wie z.B. ethnische Minderheiten, dringen in der Wahrnehmung nicht gleichermaßen durch.

Die Corona-Krise hält also ein ziemlich großes Potenzial an möglichen Verteilungs- und Aufmerksamkeitskonflikten parat, die bereits heute durchscheinen und das künftige Gerechtigkeitsempfinden weiter belasten können. Das zeigt: Undifferenzierte "Erfolgsnarrative" im Sinne einer rundum gelungenen und für alle gerechten nationalen Corona-Anstrengung wären verfrüht und hätten im schlimmsten Fall sogar das Potenzial, die Trennlinien im Land weiter zu festigen.

Diagramm 18 Regierungshandeln: Um wen wird sich zu wenig gekümmert?



Bitte geben Sie an, wie sehr die deutsche Regierung sich in ihrem Umgang mit der COVID-19-Situation um folgende Gruppen zu kümmern scheint. Die Regierung kümmert sich ... zu viel um diese Gruppe, angemessen um diese Gruppe, <u>zu wenig um diese Gruppe</u> Quelle: More in Common (2020)

"Entweder ich helfe allen oder keinem. Es wird immer gesagt, wir sind alle gleich und nein, ich finde in Deutschland sind einige Leute gleicher."

"Naja... ich finde schon, dass einige Menschen vergessen wurden. Die werden generell irgendwie vergessen. Menschen mit wenig Geld oder die Menschen, die einfach nicht zu unserer Gesellschaft dazugehören. Die wurden während der Pandemie total außer Acht gelassen."

"Familien. Ich finde, das kam viel zu kurz. Ich habe beruflich in dem Bereich zu tun. Das war wirklich eine Katastrophe, wie die Regierung da anfangs gehandelt hat. Generell gab es da überhaupt keine Lobby. Niemand hatte Kinder oder Familien im Blick."

"Die Pflegekräfte und Krankenschwestern können sich nicht viel davon kaufen, wenn die Leute mal ein bisschen geklatscht haben. Alles kann das nicht gewesen sein. Wenn da wieder nichts hinterherkommt, war es eher nur was Hohles."

Aus den Fokusgruppen mit dem "unsichtbaren Drittel"

COVID-19 als Veränderungsmoment?



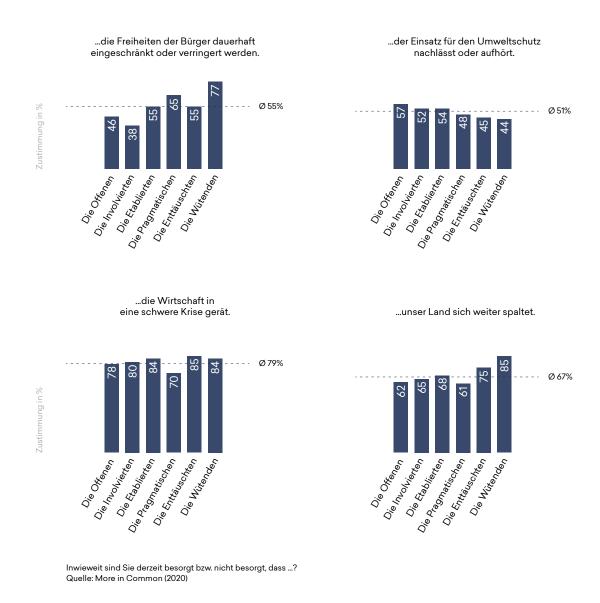
Krisen wie die jetzige sind in aller Regel Momente, in denen schnell und auf womöglich unorthodoxe Weise gehandelt werden muss. So bringen sie manchmal vielleicht sogar Ergebnisse oder Entscheidungen hervor, die noch kurz zuvor undenkbar erschienen. Auch die Corona-Krise hat - nicht nur in Deutschland, sondern weltweit – Rettungspakete und Maßnahmen hervorgerufen, die teils alles zuvor Dagewesene in den Schatten stellen. Zeitgleich läuft praktisch seit Beginn der Krise eine Debatte darüber, ob und wie die aktuelle Zeit mit unseren Gewohnheiten, Besitzständen und Selbstverständlichkeiten brechen soll, insbesondere in Hinblick auf die Bekämpfung der Klimakrise. Deshalb steht die Frage im Raum, ob diese Krisensituation einen unwiderruflichen Veränderungsmoment mit sich bringt - oder nicht.

Bei entsprechenden Debatten sollte immer darauf geachtet werden, ob sich Prioritäten innerhalb einer Gesellschaft maßgeblich unterscheiden: Wo für die einen das System gut funktioniert, sehen die anderen vielleicht enormen Handlungsbedarf – und umgekehrt. Deshalb lohnt sich die Beschäftigung mit der Frage, wieviel Lust auf Veränderung eigentlich derzeit in der deutschen Bevölkerung vorhanden ist.

Dabei ist zunächst einmal darauf zu achten, dass die derzeitige Krise von den Menschen in erster Linie als unmittelbarer und ganz akuter Einschnitt erlebt wird, der mit sehr essenziellen Sorgen einher gehen kann – drängenden Sorgen, die bei vielen Menschen auch im Ziel- oder Aufmerksamkeitskonflikt mit weiterführenden Überlegungen stehen können.

Nach ihren derzeitigen gesellschaftlichen Sorgen befragt, nennen die Menschen in Deutschland am häufigsten das Abrutschen der Wirtschaft in eine schwere Krise (79 Prozent). Diese Sorge steht nahezu über alle Typen hinweg an erster Stelle und bildet somit den Hintergrund für das Problembewusstsein in der derzeitigen Situation. Sie beendet damit auch das relative ökonomische "Idyll", in dem Deutschland seit über einem Jahrzehnt immun gegenüber allen wirtschaftlichen Verwerfungen in der Welt und auf dem europäischen Kontinent schien.

Diagramm 19 Gesellschaftliche Entwicklung: Sorge, dass...



Allerdings heißt dies noch nicht, dass die Menschen in der derzeitigen Situation ihr Augenmerk lediglich auf Stabilisierung und die Minimierung der Krisenfolgen richten. Bei manchen ist auch der Wunsch nach bleibender Veränderung deutlich ausgeprägt. Insgesamt ergibt sich in Deutschland momentan eine exakte 50:50-Spaltung zwischen jenen, die ihr altes Leben zurückhaben möchten und jenen, die Corona als Transformationsmoment sehen; zwischen denen, die wollen, dass "die Dinge einfach wieder so normal werden, wie sie vor der Pandemie waren", und jenen, die meinen, dass wir die "Chance, die COVID-19 bietet, ergreifen sollten, um wichtige Veränderungen in unserem Land vorzunehmen".

Die Menschen im Land scheinen sich also uneins und legen damit auf den ersten Blick auch weniger Veränderungshunger an den Tag als z.B. die Franzosen oder Briten, die sich mit 62 bzw. 64 Prozent deutlich häufiger neue Impulse wünschen. Dabei unterscheiden sich aber die einzelnen Typen in ihren Präferenzen. Vor allem die Offenen und die Involvierten neigen mit 58 Prozent stärker dem Veränderungsmotiv zu, was zu ihrer eher progressiven Prägung passt. Hingegen tendieren das unsichtbare Drittel sowie auch die Wütenden mit 57 bis 59 Prozent eher zur Wiederherstellung des alten Status Quo.

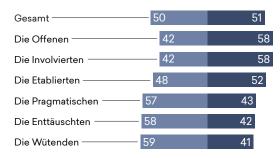
In gewisser Weise mag dies verwundern, sind unter diesen Typen doch ausgerechnet diejenigen, die mit dem bisherigen Zustand der Gesellschaft besonders hart ins Gericht gehen. Um diesen Widerspruch aufzulösen, ließe sich argumentieren, dass diese Typen zwar Verbesserungen in ihnen wichtigen Bereichen wünschen, aber mit dem tatsächlich oftmals stark progressiv geladenen Konzept des Wandels als Selbstzweck eher fremdeln. Als buchstäblichen Wunsch nach einem "Weiter so" oder gar einem "Zurück auf Los" sollte man die Zahlen deswegen auch nicht lesen. Dafür waren die gesamtgesellschaftlichen Problembefunde in der Vergangenheit zu schwerwiegend.

Allerdings steht allem etwaigen Streben nach Verbesserung derzeit die Erwartung der meisten Menschen entgegen, denn nur eine Minderheit von 39 Prozent rechnet mit bleibendem Wandel – am ehesten noch ausgerechnet die eher konservativen Etablierten mit 46 Prozent. Besonders ausgeprägt ist die Skepsis bei den Enttäuschten, die zu 74 Prozent nicht von wesentlichen Veränderungen ausgehen. Hier schreibt sich also die bereits zuvor bestehende Ernüchterung und Erwartungslosigkeit fort. An diesen Zahlen wird aber auch deutlich: Die Krise hat es erkennbar noch nicht zu einem gesamtgesellschaftlichen Aufbruchsmoment gebracht. Man traut der Situation und der Veränderungsfähigkeit des Landes nicht so recht über den Weg.

Diagramm 20 COVID-19 als Veränderungsimpuls?

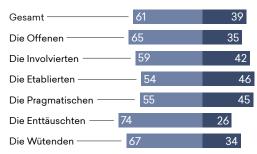
Ich will vor allem, dass die Dinge einfach wieder so normal werden, wie sie vor der Pandemie waren. Wir sollten die Chance, die COVID-19 bietet, ergreifen, um wichtige Veränderungen in unserem Land vorzunehmen.

Zustimmung in %



Ich zweifle daran, dass sich nach dem Ende der Pandemie in unserem Land viel ändern wird. Ich glaube, dass in unserem Land nach dem Ende der Pandemie bedeutende Veränderungen eintreten werden.

Zustimmung in %



Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie eher zu? Quelle: More in Common (2020) | Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt. Nichtsdestotrotz wissen die Menschen in Deutschland teils sehr genau, wo sie Verbesserungspotenzial in ihrem Land sehen. In dieser Studie wurden die Befragten gebeten, aus einer Liste möglicher Eigenschaften diejenigen auszuwählen, die das Land künftig stärker aufweisen sollte als heute.

Der wichtigste Befund gleich vorneweg: Mittlerweile steht die Umweltfreundlichkeit mit 38 Prozent der Nennungen an allererster Stelle – was insbesondere vor dem Hintergrund einer Wirtschaftskrise beachtlich ist. Hier hat sich offensichtlich in den letzten Jahren auch auf Bevölkerungsebene viel gewandelt. Zu dieser neuen Dringlichkeit passt übrigens, dass man sich auch von der Regierung mehr Einsatz für die Ökologie wünscht: 53 Prozent finden, dass die Bundesregierung bislang zu wenig für den Umweltschutz tut, während 36 Prozent die bisherigen Anstrengungen für angemessen, und (nur) 13 Prozent sie für überzogen halten.

Auf den folgenden Plätzen folgen dann die Kernwerte eines gerechteren (33 Prozent), familienfreundlicheren (26 Prozent) und sichereren (25 Prozent) Deutschland. Insbesondere die häufigen Nennungen von Familie sollten sicherlich auch vor dem Hintergrund der bisherigen Corona-Maßnahmen und ihrer Wirkung auf Eltern mit Kita- oder Schulkindern gelesen werden, wie überdies unsere qualitativen Forschungsgespräche nahelegen.

Ein Blick auf die Typen zeigt dann zusätzlich, welche Prioritäten unterschiedliche Bevölkerungsgruppen setzen – wo sie sich treffen und voneinander unterscheiden. So ist zum Beispiel in Sachen Umweltschutz interessant, dass dieses Anliegen in gleichem Maße von den eher progressiven Offenen und den Involvierten (47 bzw. 49 Prozent), aber eben auch von den eher wertkonservativen Etablierten vorgebracht wird. Diesbezüglich scheint also eine neue innergesellschaftliche "Koalition" zu entstehen. Allerdings sollte genauso festgehalten werden, dass auch die Enttäuschten mit erheblichen 31 Prozent dieses Thema auf einem hohen dritten Platz positionieren; und selbst die insgesamt oftmals vage positionierten Pragmatischen weisen dem Thema immerhin mit 23 Prozent einen (knappen) ersten Platz zu. Die Gerechtigkeit wiederum ist ganz besonders das Anliegen der Enttäuschten, die es – entsprechend ihrer stark auf Fürsorge und Gemeinschaft zugeschnittenen Werte – mit 47 Prozent viel vehementer einfordern als alle anderen Typen.

Diagramm 21 Wie sollte Deutschland werden?

	Gesamt	Die Offenen	Die Involvierten	Die Etablierten	Die Pragmatischen	Die Enttäuschten	Die Wütenden
Umweltfreundlicher	38	47	49	46	23	31	22
Gerechter	33	37	36	32	20	47	33
Familienfreundlicher	26	26	26	33	18	28	28
Sicherer	25	19	17	32	21	33	36
Toleranter	19	26	27	16	12	17	8
Demokratischer	17	18	14	15	15	19	27
Gesünder	14	14	12	16	16	11	9
Geeinter	14	13	18	19	9	12	13
Selbstbewusster	13	15	18	14	9	9	15
Gebildeter	13	19	19	9	9	10	8
Traditioneller	11	5	4	13	12	13	27
Mitfühlender	10	10	13	7	11	12	5
Gleicher	8	12	11	6	8	4	3
Patriotischer	7	5	6	6	7	9	19
Christlicher	5	3	3	7	6	4	7
Fleißiger	4	5	1	3	7	4	5
Wohlhabender	3	4	1	2	6	3	4

Angaben in %

Welche der folgenden Eigenschaften sollte Deutschland in erster Linie für sich anstreben? Deutschland sollte ... werden (max. 3 Nennungen). Quelle: More in Common (2020)

Wie kommt unsere Gesellschaft (weiterhin) gut durch die Corona-Pandemie?



Unsere Bestandaufnahme der deutschen Gesellschaft während der Corona-Pandemie zeigt: Es gibt ein geteiltes Bedürfnis nach gemeinsamer Bewältigung der Corona-Krise. Ebenso ist deutlich zu vernehmen, dass nach dieser Krise nicht wieder "business as usual" stattfinden soll. Es besteht bei vielen der Wunsch, dass die weiterhin (und zum Teil deutlicher als zuvor) spürbaren Defizite in der deutschen Gesellschaft gemildert werden. Ob Umwelt, Gerechtigkeit, Demokratie, Zusammenhalt oder anderes: die Menschen im Land haben grundsätzlich viele Themen, auf die sie Antworten wollen. Ihre Forderung nach Gestaltung der Zukunft, die schon im Jahr 2019 einer der Kernbefunde der More in Common-Forschung war, besteht auch im Jahr 2020 fort. Allerdings verstehen nicht alle in der Gesellschaft darunter unbedingt eine großangelegte Transformation des Landes – es wird sich also weniger in der "Veränderung" des Landes oder der Politik ein gemeinsamer Nenner finden lassen, als in ihrer "Verbesserung". Im gemeinsamen Anliegen einer gelungenen Zukunftsgestaltung liegt ein großes Potenzial für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Und wir sehen auch, wie der derzeitige Moment dabei helfen kann, die doppelte Vertrauenskrise in Deutschland zu lindern: Viele Menschen in diesem Land haben sehr persönlich erlebt, was es heißt in einer Gesellschaft zu leben, in der nur gemeinsame Anstrengungen zum Ziel führen. Diesem zarten Pflänzchen des gewachsenen Vertrauens ineinander sollten wir alle weiterhin Aufmerksamkeit widmen. Auch das Vertrauen in das demokratische System hat in der Krise gewonnen – hierauf kann Politik aufbauen.

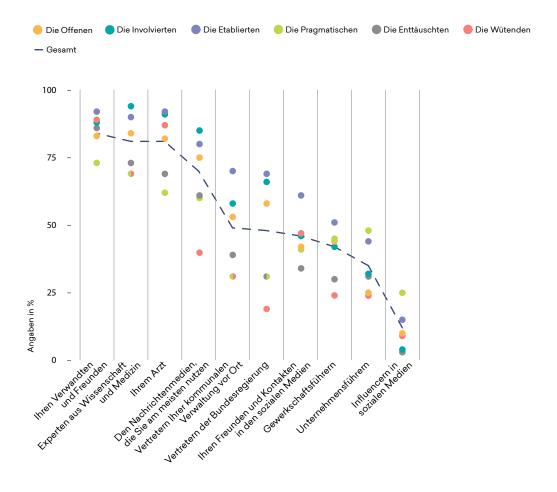
Gleichzeitig sehen wir aber sehr deutlich, dass die Linderung der Vertrauenskrise und die Stärkung des Zusammenhalts keine Selbstläufer sind – gerade nicht in einer Krisensituation. Die Menschen erkennen die Corona-Pandemie zwar als einen besonderen gesellschaftlichen Moment, aber der bedeutet eben nicht für alle das gleiche. Genau in diesem unterschiedlichen Erleben liegt aus unserer Sicht die größte Gefahr für den Zusammenhalt, die das Potenzial hat, die Dreiteilung der deutschen Gesellschaft zu vertiefen. Überwunden ist sie jedenfalls – für den Moment – nicht.

Wenn wir verhindern wollen, dass es in unserer Gesellschaft nach ausgestandener Krise ein neues Nebeneinander von Gewinnern und Verlierern, von Zuversicht und Enttäuschung, von Einbindung und Verlassenheit gibt, dann sollten wir diese unterschiedlichen Perspektiven unbedingt auf dem "Schirm" behalten. Nur weil die einen Corona ganz persönlich als Einigungsmoment, als Moment der Solidarität und des Miteinanders erleben, heißt das noch lange nicht, dass das für andere genauso sein muss. Problemwahrnehmungen sind in Wesen und Ausmaß verschieden – und das schon heute, wo Corona für die meisten Menschen im Land (noch) weit weg ist. Hierfür sollten wir ein Gespür entwickeln, statt auf Grundlage des eigenen Erlebens vermeintlich verbindliche Schlussfolgerungen für alle zu ziehen.

Deshalb schulden wir es einander, im Gespräch zu bleiben und es, wo nötig, auch über Trennlinien hinweg neu aufzunehmen. Das mag zuweilen wortwörtlicher gemeint sein als gedacht. Denn es geht oftmals auch um das ganz normale, alltägliche Gespräch mit Familie, Freunden und Bekannten. Unsere Datenlage zeigt eindeutig: Selbst in Ausnahmesituationen wie der COVID-19-Pandemie, die auf den ersten Blick viel Expertenwissen erfordern, vertrauen die Menschen in erster Linie auf ihr unmittelbares Umfeld, um sich zu informieren und zu orientieren. Vor allem hier wird Meinung gemacht. Dies gilt übrigens auch und gerade für die digitale Sphäre: Viele Menschen vertrauen selbst bei Informationen zum Virus ihren persönlichen Kontakten online ungefähr auf demselben Niveau wie den offiziellen Stellungnahmen der Bundesregierung.

Wenn wir also ein gemeinsames Bild davon entwerfen wollen, wie das Land aus der Corona-Krise hervorkommen soll und in welche Zukunft es sich entwickeln könnte, so gehört dazu auch das gegenseitige Verständnis im Kleinen. Zusammenhalt, Vertrauen und gemeinsames Handeln fangen genau dort an.

Diagramm 22 Vertrauen in Informationsquellen während der Corona-Pandemie



Bitte geben Sie an, inwieweit Sie diesen Personengruppen oder Institutionen vertrauen, wenn es um richtige und verlässliche Informationen zur COVID-19-Pandemie geht.

Quelle: More in Common (2020)

Es sollte uns aber in diesem Zusammenhang aufmerken lassen, dass die gesellschaftliche Kompromissbereitschaft während der Corona-Pandemie bislang nicht etwa zu-, sondern abgenommen zu haben scheint: Waren in unserem eigentlich auf Konsensfindung ausgelegten Gemeinwesen im Jahr 2019 bereits 48 Prozent der Menschen nicht bereit zu Kompromissen mit Andersdenkenden, so hat sich diese Haltung unter COVID-19 nochmals verschärft: Ganze 55 Prozent setzen nun im Diskurs auf "harte Kante" ohne eigene Zugeständnisse. Lediglich die Involvierten sind noch mehrheitlich kompromissbereit. Dies sollte ein Warnsignal quer durch alle politischen und gesellschaftlichen Lager sein. Debatten- und Streitfähigkeit sind – gerade auch in der Krise – unverzichtbar.

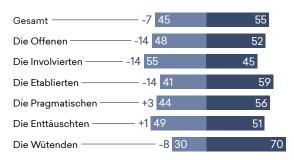
In dieser Studie haben wir den Blick auf den einen oder anderen kritischen Punkt gerichtet, so wie auch mediale Debatten oder die sozialen Medien oft das Augenmerk auf das Defizit lenken. Doch vielleicht ist es ja gerade in Zeiten, in denen man einander schnell falsches Verhalten und falsches Denken vorwirft, hilfreich zu unterstreichen, dass die meisten Menschen im Grunde bereit sind, mit anderen gemeinsame Sache zu machen. Mehr noch: Sie fordern die gemeinsame Anstrengung rundheraus ein. Neun von zehn Menschen wünschen sich, dass alle sich an die gemeinsamen Regeln halten.

Diagramm 23 Kompromissbereitschaft

(inkl. Veränderung zum Vorjahr)

Ich erwarte von Leuten, die politisch meine Überzeugungen teilen, dass sie kompromissbereit sind und auf andere zugehen. Ich erwarte von Leuten, die politisch meine Überzeugungen teilen, dass sie unbedingt zu diesen Überzeugungen stehen und für sie kämpfen.

Zustimmuna in %

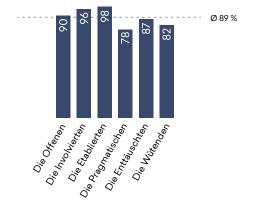


Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie eher zu? Quelle: More in Common (2019/2020) Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Dafür sind viele auch bereit, eigene Opfer in Kauf zu nehmen: Sieben von zehn sind willens, weitere "Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit zu akzeptieren, um die Gesundheit anderer zu schützen". Im Erfolgsfall folgt dann die gegenseitige Wertschätzung: Über drei Viertel der Menschen in Deutschland sind schließlich mit der Krisenleistung ihrer Mitbürgerinnen und -bürger zufrieden. Das zeigt: Gemeinsamkeit ist möglich, wenn wir uns auf sie einlassen – und sie erkennen, wenn wir ihr begegnen.

Diagramm 24 Zusammen gegen COVID-19?

"Es ist mir wichtig, dass sich alle Bürger an die COVID-19-Regeln halten."



Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu? Quelle: More in Common (2020)





Dieses Projekt wurde von der European Climate Foundation gefördert. Diese übernimmt keinerlei Haftung für jedwede Nutzung der in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen.